

## »Deutschland hat das rückständigste Streikrecht«

Ein sozialdemokratischer Gewerkschafter hat ein Buch über den politischen Streik zusammengestellt. Ein Gespräch mit Veit Wilhelmy

*Interview: Hans-Gerd Öfinger*

Veit Wilhelmy ist Gewerkschaftssekretär der IG BAU, SPD-Stadtverordneter und Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Wiesbaden.

***Sie haben eine Materialsammlung zum Thema politischer Streik zusammengestellt, die es in dieser Form in der BRD offenbar noch nicht gegeben hat. Warum haben Sie sich diese Mühe gemacht?***

Die sogenannte Agenda 2010 im Jahr 2004 mit den Hartz-Gesetzen und später die Rente mit 67 sind gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt worden. Seitdem habe ich nach Möglichkeiten gesucht, politische Prozesse effektiver zu beeinflussen. Dabei bin ich auf das Thema meines Buches gestoßen.

***Viele sehen die gewerkschaftliche Streikfähigkeit als gefährdet an. Soll der politische Streik so etwas wie einen Befreiungsschlag darstellen?***

Arbeitgeber und so manche Politiker versuchen immer wieder, auch Streiks um Arbeitsbedingungen durch eine Flut von Rechtsstreitigkeiten zu unterbinden. Frontalangriffe auf das Streikrecht müssen die Gewerkschaften auch damit beantworten, dass sie sich bemühen, ihre wichtigsten Waffen zu schärfen.

***Während in fast allen europäischen Ländern der politische Streik erlaubt ist und auch praktiziert wird, ist er in der Bundesrepublik tabuisiert. Warum?***

Ein Grund ist die vordemokratische Rechtsprechung aus den 50er Jahren, die den politischen Streik faktisch illegalisiert hat. Ein weiterer ist die Zurückhaltung der Gewerkschaften, die sich immer noch an die nicht mehr funktionierende »Sozialpartnerschaft« klammern. Die Medien, die immer tendenziöser werden, und die neoliberale Politik von CDU, FDP und Teilen der SPD und Grünen tun ein Übriges dazu.

***Sie führen eine Reihe gewerkschaftlicher Beschlüsse und Anträge von Untergliederungen für das Recht auf Generalstreik auf. Warum tun sich viele Gewerkschaftsapparate mit der Umsetzung solcher Beschlüsse so schwer?***

Das ist ein weiteres Problem. Die Gewerkschaftsführungen legen diese Anträge Jahr für Jahr in die Schubladen. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass die Vorstände Angst haben, das Streikmonopol der Gewerkschaften verlieren zu können. Das lähmt eine Diskussion und festigt die Tabuisierung des politischen Streiks. Ich halte diese Angst für übertrieben, zumal die Gewerkschaften das Recht auf Generalstreik in den Tarifverträgen verankern könnten. Im Manteltarifvertrag der Druckindustrie von ver.di z. B. ist dieses Recht schon seit Jahren verbrieft. Leider ist das bisher der einzige.

***Ein Antrag der Linksfraktion im Bundestag für das Recht auf Generalstreik wurde im Oktober 2006 von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Woher nehmen Sie die Hoffnung, in der eigenen Partei mit einer solchen Forderung ein Echo zu finden?***

Zunächst müssen die Gewerkschaften das Thema auf die Tagesordnung setzen. Später kann man im zweiten Schritt die Diskussion in der SPD führen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat ja vor einiger Zeit angekündigt, dass vor der kommenden Bundestagswahl die Rente mit 67 als Wahlkampfthema der Gewerkschaften eingebracht wird. Um die Rente mit 67 wieder rückgängig zu machen, wird es nicht reichen, wie bisher geordnete Demonstrationen an Wochenenden zu veranstalten.

***Der Europarat hat seit 1998 wiederholt gerügt, dass die Einschränkungen des deutschen Streikrechts eine Verletzung der Europäischen Sozialcharta (ESC) sind. Erhoffen Sie sich von europäischen Institutionen Schützenhilfe?***

Die Rüge ist in regelmäßigen Abständen zu Recht seit 1998 wiederholt worden. Das Verbot des politischen Streiks hierzulande stellt eine schwere Verletzung des harten Kerns der Europäischen Menschen- und Sozialrechtscharta da. Kanzlerin Angela Merkel reist lieber durch die Welt und prangert Menschenrechtsverletzungen anderer Staaten an. Sie sollte auch vor der eigenen Tür kehren. Deutschland ist eines der streikärmsten Länder der Welt und hat darüber hinaus das restriktivste und rückständigste Streikrecht weltweit, wenn man einmal von totalitären Staaten absieht. Auf Europa zu hoffen wird nicht genügen. Rechte müssen sich die Gewerkschaften schaffen, indem sie sich diese erkämpfen.

*Veit Wilhelmy: Der politische Streik, Materialien zu einem Tabu.*

*Fachhochschulverlag, Frankfurt, 2008, 148 Seiten A4, ISBN 978-3-940087-17-1, 16 Euro*